

Sozialismus.de

Heft 2-2019 | EUR 7,00 | C 12232 E

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz



Steffen Lehndorff:
Gewerkschaften in Europa
Gerhard Wick/Otto König:
Freie Tage sind der Renner

Beiträge u.a. von

Christine Rudolph, Philipp
Oswald, Dierk Hirschel, Hinrich
Kuhls, Alban Werner, Florian
Wilde, John P. Neelsen, Armin
Duttine, Joachim Bischoff

**Forum
Gewerkschaften**

Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

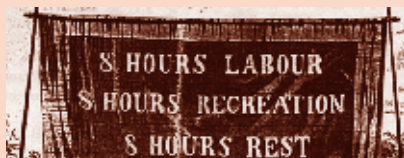
Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf www.sozialismus.de

(K)ein Beispiel für Privatisierung?



Die Berliner Schulbauoffensive (BSO) als größtes Investitionsvorhaben der rot-rot-grünen Landesregierung ist mit einer konfliktreichen Auseinandersetzung belastet, vorgeworfen wird ihr, sie sei mit »Privatisierung« verbunden, was die Regierung zurückweist. ...

Der lange Kampf



Zum 1. Januar 1919 wurde Realität, wofür die Arbeiterbewegung lange gekämpft hatte: der Acht-Stunden-Tag. Die Kämpfe um die Normierung der Arbeitszeit begleiten die Gewerkschaftsbewegung seit ihrer Entstehung; sie sind Ausdruck der inneren Bewegungsgesetze des Kapitalismus. ...

Halbzeit



Am 20. Januar 2017 trat der Immobilienmilliardär und Showmaster Donald Trump das Amt als 45. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika an – und trotz vielfältiger Skandale ist seine politische Macht bis heute unerschüttert. ...

Großbritannien: Geschüttelt, nicht gerührt

Hinrich Kuhls: Ein Königreich am Abgrund
Verworrene Fronten im Kampf gegen den Chaos-Brexit 2

Die Gesellschaftsreform und ihre Triebkräfte

Dierk Hirschel: Die Hoffnung stirbt zuletzt
Der Niedergang der SPD und was ihn aufhalten könnte 8

Alban Werner: Zwei Schritte zurück, ein Schritt nach vorn. Über die Schwierigkeit, aus dem »Gedankengefängnis« von Hartz IV auszubrechen 12

Christine Rudolf: Frauenstreik, wofür? 17

Schauplätze der Weltkonjunktur

Joachim Bischoff: Sind die fetten Jahre vorbei?
Das Ende der Prosperität 21

John P. Neelsen: Indien – Global Player der Dritten Welt
Vom Armenhaus zum Schwellenland und zukünftiger Weltwirtschaftsmacht ... 27

Soziale Mobilisierung in Westeuropa

Armando Fernández Steinko: Spanien zwischen sozialer und nationaler Agenda 35

Armin Duttine: Die Gelbwesten in Frankreich – Fortschritt oder Rückschritt? .. 39

Forum Gewerkschaften

Steffen Lehndorff: Verschiedene Welten, ähnliche Herausforderungen
Europäische Gewerkschaften in Krisenzeiten 44

Gerhard Wick/Otto König: Freie Tage sind der Renner
Metall- und Elektroindustrie: Hunderttausende für mehr Zeitsouveränität statt tariflichem Zusatzentgelt 51

Otto König/Richard Detje: Der Wind hat sich gedreht
Windkraftindustrie in der Flaute – IG Metall fordert »Schluss mit dem Kahlschlag in der Windbranche« 54

Florian Wilde: Machtaufbau durch Organizing
Erfahrungen aus den USA inspirieren auch deutsche Gewerkschaften 57

Lebensweisen

Karl Georg Zinn: Übervölkerung unter Verschweigegebot? Klimawandel, demografische Entwicklung und »imperiale Lebensweise« 61

Philipp Oswald: Die verschwiegenen Bauhaus-Krisen 64

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum 63

Veranstaltungen & Tipps 68

Marion Fisch: Fahrenheit 11/9 (Filmkritik) 69

Supplement

Friedrich Steinfeld

Der Nahe und Mittlere Osten als weltpolitisches Pulverfass

Europa muss sich außenpolitisch neu aufstellen

Frauenstreik, wofür?

von ■ Christine Rudolf



8.3.2018, Frauenstreik in Barcelona (Foto: dpa)

Am diesjährigen Frauentag wird es sowohl in der Schweiz,¹ in Österreich als auch in Deutschland einen Frauenstreik geben. In allen drei Ländern haben sich Frauengruppen gebildet, die nach dem spanischen Vorbild im Jahr 2018 landesweit Frauen dazu bringen wollen, für ihre Rechte zu streiken. Anlass ist die Erkenntnis, dass die Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern nicht wirklich erreicht ist – hundert Jahre nach Einführung des Wahlrechts für Frauen ein Skandal. Drei Themenbereiche stehen dabei im Zentrum: die staatliche Verfügung über den weiblichen Körper in Deutschland am Beispiel des § 218 und 219 StGB, die strukturelle körperliche Gewalt, der Frauen in ihrem persönlichen Umfeld ausgesetzt sind, und schließlich die Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit sowie der daraus resultierenden Verteilung von Armut.

Ausbeutung in der Sorge- und Versorgungswirtschaft

Das Volumen der bezahlten und unbezahlten Sorge- und Versorgungsarbeit in Deutschland ist fast drei Mal so groß wie Arbeit, die in den anderen Sektoren der Wirtschaft geleistet

wird. Deshalb ist die Organisation und sind die Organisationsbedingungen, zu denen die Sorge- und Versorgungsarbeit innerhalb einer Gesellschaft geleistet wird, strukturierendes Element der elementaren Lebensbedingungen – mit Auswirkungen auf die Lebensbedingungen derer, die sie überwiegend leisten. Die Arbeitslogiken innerhalb der Sorge- und Versorgungsarbeit unterscheiden sich wesentlich von denen in den anderen Sektoren.

85% der Arbeitsstunden in der Sorge- und Versorgungswirtschaft werden von Frauen geleistet, werden die Arbeitsstunden, die unbezahlt und bezahlt geleistet werden, zusammengenommen. Männer haben bei der unbezahlten Pflegearbeit und der Kinderbetreuung in den vergangenen zehn Jahren zwar aufgeholt, wie aus der Zeitbudget-Erhebungsstudie des Statistischen Bundesamtes hervorgeht. An der grundsätzlichen Verteilung der

Dr. Christine Rudolf forscht seit fünf Jahren gemeinsam mit Mascha Madörin, Tove Soveland, Bettina Haidinger, Käthe Knittler und Silke Chorus über feministische Makroökonomie. Sie unterrichtet an der HTW-Berlin und ist geschäftsführender Vorstand der Genossinnenschaft Schokofabrik eG.

¹ In der Schweiz wird der Streiktag am 14. Juni 2019 stattfinden.

Erbringung von Sorge- und Versorgungsarbeit hat sich aber wenig verändert (siehe Abbildung 1).²

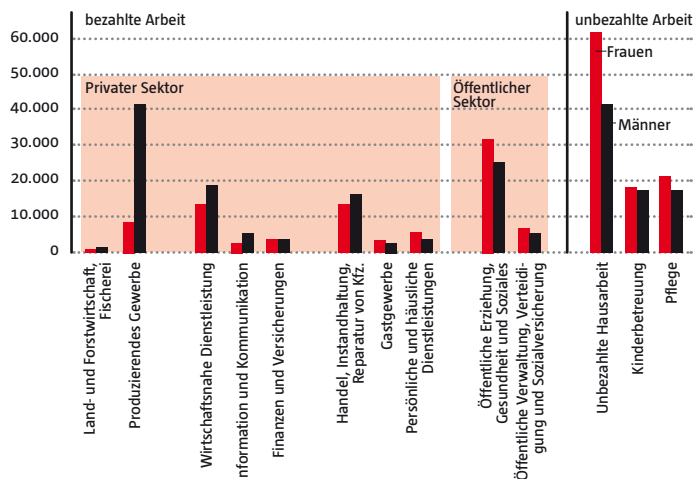
Einen Haushalt zu versorgen, hat sich in den vergangenen 50 Jahren zwar erheblich verändert, niemand wäscht die Wäsche in unseren Breitengraden noch mit Hand. Mikrowelle, Kochautomat und alle Arten von Kaffeemaschinen haben erhebliche Zeiteinsparungseffekte mit sich gebracht. Gleichzeitig sind aber auch die Ansprüche großer Bevölkerungsteile an Sauberkeit, Qualität des Essens und vieles mehr erheblich gestiegen, sodass sich die tatsächliche Zeit, die für Arbeiten im Haushalt verwendet wird, in den vergangenen 20 Jahren nicht mehr wesentlich verändert hat. Die Zuwendung, die Kinder und Pflegebedürftige erfahren, hat sich ausgeweitet, weil Arbeitszeiten in der Erwerbswirtschaft zurückgegangen sind, und weil Teilzeitmöglichkeiten für die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeitszeit geschaffen wurden (Sellbach 2018: 115).

In der Regel ist Sorge- und Versorgungsarbeit dadurch gekennzeichnet, dass Menschen miteinander in Aktion treten. Sei es beim Einkaufen, beim Haare schneiden, beim Pflegen von Kranken, bei der Unterstützung von hilfsbedürftigen Menschen oder beim Aufsuchen einer Ärztin. Beim Einkaufen und der Indienstnahme einer Ärztin haben sich ähnliche Effekte ergeben, allerdings aus sehr unterschiedlichen Gründen. Die Zentralisierung von Einkaufsmöglichkeiten und Kliniken haben die wohnortnahe Versorgung außerhalb von Ballungszentren erheblich erschwert. Der Online-Handel, die Bestellung von Kleidern, Elektroartikeln und Essen (in gekochter und ungekochter Form) haben zugenommen. Dennoch ist die Zahl der in diesen Bereichen der Versorgungswirtschaft beschäftigten Menschen gestiegen.³ Allerdings haben sich die Preise für Güter und Dienstleistungen, die online zu ordern sind, auseinanderentwickelt. Musste Frau 1984 noch im Schnitt 456 Minuten für den Kauf eines Handys arbeiten, musste 1997 für dasselbe Handy deutlich weniger Zeit verausgabt werden. Für einen Restaurantbesuch muss aber heute wie vor 20 Jahren dieselbe Zeit für das Begleichen der Rechnung gearbeitet werden (Baumol 2012: 49).

In etwa gleich geblieben ist auch die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern beim Volumen der Sorge- und Versorgungsarbeit. Sowohl im bezahlten wie auch im unbezahlten Sektor sind es Frauen, die sie überwiegend leisten. Frauen arbeiten über alle Wirtschaftszweige hinweg zu zwei Dritteln unbezahlt und Männer arbeiten zu zwei Dritteln bezahlt. Darüber hinaus sind die Einkünfte, die in der Sorge- und Versorgungsarbeit erzielt werden können, trotz hoher Arbeitsanforderungen vergleichsweise niedrig. Eine kürzlich von der Hans-Böckler-Stiftung veröffentlichte Studie von Ute Klammer, Christina Klenner und Sarah Lillenmeier (»Comparable Worth«) weist nach, dass in von den Arbeitsanforderungen her vergleichbaren Berufen immer dann, wenn überwiegend Frauen darin beschäftigt sind, erheblich weniger bezahlt wird.⁴ Eine Krankenpflege- und Geburtshilfeschkraft hat von den Arbeitsanforderungen das gleiche Beanspruchungsprofil wie ein Ingenieurwissenschaftler. Im ersten Beruf arbeiten 87% Frauen, im zweiten sind es 21%. Der Bruttostundenverdienst betrug im ersten Beruf 15,64 Euro, im zweiten 27,80 Euro.⁵

Im Alltag von Frauen bedeutet dies: Sie tragen die Hauptlast der Arbeit in der Sorge- und Versorgungsökonomie für kein oder

Volumen der bezahlten und unbezahlten Arbeit in der BRD 2012 in Mio. Stunden



Quelle: Bundesamt für Statistik, Zeitbudgeterhebung 2012, Mikrozensus; Berechnung: Christine Rudolf, Silke Chorus.

wenig Geld. Daran hat sich trotz aller gesetzlichen Gleichstellung wenig bis gar nichts geändert. Digitalisierung und Robotisierung können, wie am Beispiel Einkauf gezeigt, durchaus Veränderungen in Arbeitszusammenhängen erzeugen. Für Menschen mit wenig Geld wird die Beschaffung von zum Beispiel Lebensmitteln aber eher schwieriger als besser. Ist der Weg zum nächsten Laden weit, der öffentliche Nahverkehr ausgedünnt und teuer, ist der Einkauf schon eine Herausforderung und keineswegs smart.

Der Rationalisierungsdruck auf bezahlte Sorge- und Versorgungsarbeit hat beispielsweise über die Fallpauschalen in den Kliniken in erheblichem Ausmaß zur Schließung von Krankenversorgungsstandorten geführt. Inzwischen stirbt jeden dritten Tag ein Krankenhaus, allein im Dezember 2018 waren es 18.⁶ Dabei fallen Arbeitsplätze weg, und in den übrig bleibenden, zentralisierten Kliniken werden die Arbeitsbedingungen für das Pflegepersonal immer schwieriger. Dies hat in den vergangenen Jahren zu erheblichen Konfrontationen in den Arbeitskämpfen geführt.⁷ Dabei wurde vonseiten der Beschäftigten nicht nur um bessere Löhne, sondern vor allem auch um menschenwürdige Arbeitsbedingungen gekämpft. Ein Auto lässt sich in immer kürzerer Zeit bauen. Eine kranke Person zu waschen, dauert heute genauso lange wie vor 100 Jahren.

Rationalisierungseffekte bedeuten hier in der Regel immer einen Qualitätsverlust (Madörin 2018: 192). Vor fünf Jahren ist aus dieser andauernden Krise der Organisationszusammenhang »Care-Revolution«⁸ entstanden. Ein Bündnis aus über 80 Interessengruppen mit vielen regionalen Bündnissen. Pflegende Angehörige finden sich hier genauso wieder wie Gewerkschaftsfrauen. Ziel ist es, deutlich zu machen, dass Menschenwürde im Care-Zusammenhang oberstes Gebot in einer sich zivilisiert nennenden Gesellschaft sein muss. In den verschiedenen Bereichen der Sorge- und Versorgungsarbeit beinhaltet dies unterschiedliche Forderungen. Zentraler Aspekt ist die ausreichende Ausstattung mit Geld. Dies gilt für Krankenhäuser genauso für eine pflegende Angehörige. Gesellschaftliche Anerkennung der geleisteten Arbeit, ob bezahlt oder unbezahlt, sind ebenfalls Be-

standteil des Forderungskataloges. Kapitalistische Marktlogiken haben nach diesem Forderungskatalog im Care-Bereich nichts zu suchen.

Tatsächlich lassen sich die Rationalisierungseffekte durch Digitalisierung und Roboterisierung in der Versorgung von anderen Menschen nur schwer vorstellen. Selbstverständlich möchte niemand mehr das Babyphone missen. Aber die Versorgung eines Kleinkindes ist damit ja nicht erledigt. Auch die Verbesserungen der Dokumentation von Pflegearbeit ist vorstellbar, sollte sie nicht mit einer Just-in-Time-Überwachung einhergehen oder dazu führen, dass in neu geplanten Krankenhäusern gar kein Besprechungszimmer auf den Stationen gebaut wird. Die eigentliche Pflege bleibt davon aber weitgehend unberührt.

Kosten für Bildung, Gesundheit und Kunst lassen sich nicht senken, weil sie zum größten Teil aus Arbeitskosten entstehen (Knittler 2018: 88). Austeritätspolitik in diesem Bereich führt nur zu Verlagerungseffekten aus der bezahlten in die unbezahlte Arbeit – ergo zulasten von Frauen. Dies ist bei zu früh entlassenen Patent*innen aus dem Krankenhaus nicht anders als bei der fehlenden Versorgung mit Kindertagesstätten.

Armut ist in Deutschland nicht zufällig weiblich und eng mit den Arbeits- und Einkommensbedingungen in den Bereichen Sorge und Versorgung verknüpft. Wir haben kein Kostenproblem in diesen Bereichen, sondern ein Finanzierungsproblem, das auf dem Rücken von Frauen abgeladen wird.

Stillstand mit Ansage

In Deutschland entzündete sich im vergangenen Jahr die öffentliche Diskussion um das Recht am eigenen Körper am »Werbeverbot« über den Schwangerschaftsabbruch. Schon die Regelung des § 218, der den Schwangerschaftsabbruch außer in den ersten zwölf Wochen und einigen wenigen weiteren Ausnahmen prinzipiell unter Strafe stellt, wird aus der Perspektive der 3. Frauenbewegung als Indienstellung des weiblichen Körpers unter die Staatsgewalt mit der Pflicht zum Austragen einer Schwangerschaft gewertet. Das im § 219a geregelte Werbeverbot führt dazu, dass jede auch noch so informativ gestaltete Veröffentlichung über die Möglichkeit eines Schwangerschaftsabbruchs als Werbung verstanden werden kann und somit verboten ist. De facto besteht somit die ebenfalls verpflichtende Beratung zum Schwangerschaftsabbruch darin, Frauen über alle

² Online: www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressekonferenzen/2015/zeitverwendung/zeitverwendung_pk.html (abgerufen 15.1.2019).

³ Online: www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetigkeit/TabellenErwerbstaetigenrechnung/ArbeitnehmerWirtschaftsbereiche.html (abgerufen 5.1.2019).

⁴ Online: www.boeckler.de/pdf/p_wsi_studies_14_2018.pdf (abgerufen 3.1.2019).

⁵ Die Ergebnisse wurden über die BIBB/BAuA-Erwerbsbefragung 2012 ermittelt.

⁶ Online: www.mydrg.de/kliniksterben/index.html (abgerufen 3.1.2019).

⁷ Online: www.sozialismus.info/2017/09/streik-an-der-charit/ (abgerufen 3.1.2019).

⁸ Online: <https://care-revolution.org> (abgerufen 3.1.2019).

VSA: Machtaufbau statt Ausbeutung

www.vsa-verlag.de



Jane McAlevey
Keine halben Sachen
Machtaufbau durch Organizing
Hrsg. von Florian Wilde
Aus dem Amerikanischen von Jan-Peter Herrmann
Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung
248 Seiten | € 16.80
Ein Plädoyer für den Aufbau von Gegenmacht in den Betrieben und die Demokratisierung von Gewerkschaften.



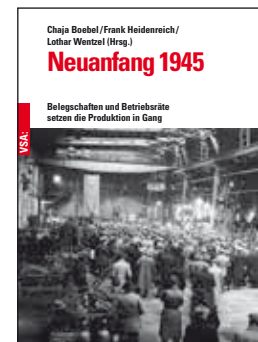
Nicole Mayer-Ahuja/Heinz Bierbaum/Frank Deppe/Klaus Dörre/Hans-Jürgen Urban
Karl Marx – Ratgeber der Gewerkschaften?
Fünf Antworten
128 Seiten | € 9.80
ISBN 978-3-96488-007-9
Was können Gewerkschaften von Marx lernen, der sie einst als »organisierende Zentren der Arbeiterklasse« bezeichnet hat?



Joachim Bischoff/Bernhard Müller
Berliner Republik: eine Klassengesellschaft
Soziale Spaltungen, Wut auf das Establishment und rechte Ressentiments
144 Seiten | € 12.80
ISBN 978-3-89965-884-2
Welche Strukturen kennzeichnen die Berliner Republik? Sind sie mit Rückgriff auf die Klassentheorie zu begreifen?



Rainer Szczesiak
»Verflucht und doch beeindruckend«
Das KZ-Produktionslager »Waldbau«
Ein Tatort nationalsozialistischer Ausbeutung inhaftierter Frauen bei Neubrandenburg
76 Seiten | zahlreiche Fotos, Abbildungen und Karten | € 9.80
ISBN 978-3-96488-017-8



Chaja Boebel/Frank Heidenreich/Lothar Wentzel (Hrsg.)
Neuanfang 1945
Belegschaften und Betriebsräte setzen die Produktion in Gang
132 Seiten | € 10.80
ISBN 978-3-89965-705-0
Die AutorInnen untersuchen die Neugründung von Betriebsräten ebenso wie den gewerkschaftlichen Neuanfang kurz nach Kriegsende.

Erhältlich im Buchhandel oder direkt bei: VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, info@vsa-verlag.de

rechtlichen und inhaltlichen Sachverhalte aufzuklären. Folglich bleibt wenig Zeit, um auf die konkrete Lebenssituation der zu Beratenden und auf Abwägungsfragen zum Abbruch selbst einzugehen. Außerdem bietet einzig eine Webseite, die in Österreich geschaltet ist, eine Übersicht, wo in Deutschland Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt werden.

Die juristische Auseinandersetzung infolge einer Anzeige von »Lebensschützern« gegen die Frauenärztin Kristina Hänel und ihre Verurteilung zu einer Geldstrafe in Höhe von 6.000 Euro hat den deutschen Bundestag dazu gezwungen, tätig zu werden.⁹ Nun liegen Eckpunkte für eine Reform aus der Großen Koalition vor. Der § 219a soll weiter bestehen bleiben. Werbung für einen Schwangerschaftsabbruch soll weiterhin verboten bleiben, trotzdem solle es nun möglich sein, sich leichter und besser zu informieren. In Paragrafen soll präzisiert werden, wie Ärztinnen und Kliniken über Tatsachen informieren dürfen. Im Januar 2019 sollen die Änderungsvorschläge auf dem Tisch liegen. Fakt ist jedoch, dass sich an der bisherigen Situation sowohl für Ärztinnen und Ärzte als auch für Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch durchführen möchten, nichts ändern wird, obwohl eine große Mehrheit im Bundestag für die Abschaffung des Werbeverbots vorhanden wäre.

Warum kann bei diesem Thema der Fraktionszwang nicht aufgehoben werden und die Gewissensentscheidung zum Zuge kommen? Dies wäre die einzige Möglichkeit gewesen, für Frauen in einer schwierigen Lebenssituation tatsächlich etwas zu tun und denjenigen, die ihnen dabei zur Seite stehen, Rechtssicherheit zu verschaffen. So werden die juristischen Auseinandersetzungen gegen Ärztinnen und Ärzte weitergehen. Und Kliniken werden Frauen abweisen. Es ist also keine Änderung der unhaltbaren Zustände in Sicht.

Strukturelle körperliche Gewalt

Im Schnitt versuchte im Jahr 2017 nach durch das Bundeskriminalamt veröffentlichten Zahlen jeden Tag ein Mann in Deutschland seine gegenwärtige oder frühere Frau bzw. Lebensgefährtin zu töten. Und für das gleiche Jahr wies die Kriminalstatistik 147 durch Partner oder Ex-Partner wirklich getötete Frauen aus. Diesen versuchten oder vollendeten Taten gehen in der Regel jahrelange körperliche Angriffe gegen die Frauen voraus. Die aktuelle Zahl der von Gewalt im persönlichen Nahbereich betroffenen Frauen wird derzeit auf 138.893 beziffert. Die Dunkelziffer ist hoch. Geschätzt erlebt jede dritte Frau in Deutschland im Laufe ihres Lebens körperliche bzw. sexualisierte Gewalt.¹⁰ Den Straftatbestand häusliche Gewalt gibt es nicht. Strafanzeige kann aufgrund der konkreten Handlung gestellt werden. Bei akuter Gewalt kann die gerufene Polizei den Täter vorübergehend für einige Tage aus der Wohnung verweisen. Die betroffene Frau kann beantragen, dass ihr die Wohnung für einen längeren Zeitraum zum alleinigen Aufenthalt zugewiesen wird. Darüber hinaus gibt es circa 7.000 Plätze in 350 Frauenhäusern in Deutschland.

In Deutschland leben zehn Millionen Frauen mit erlebter Gewalterfahrung. Trotzdem wird nur der Mangel verwaltet. Nach der Istanbul-Konvention, die im Februar 2018 in Kraft trat, müssten 21.000 Betten, das heißt ungefähr drei Mal so viele wie

es derzeit gibt, für sie zur Verfügung stehen. Die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt verschärft die Not von Frauen in Krisensituationen erheblich. Frauen, vor allem mit Kindern, verweilen lange in Frauenhäusern, weil sie auf dem Wohnungsmarkt keine Bleibe finden. Im Jahr 2019 werden den Ländern aus Bundesmitteln aus einem Aktionsprogramm Frauen-Gewaltschutz zur Schaffung besserer Strukturen 6,1 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Im Folgejahr sollen es 35 Millionen Euro werden. Was fehlt, ist die gesellschaftliche Ächtung von Gewalt gegen Frauen, was fehlt, sind Aufklärung und vor allem der Wille zur strukturellen Veränderung.

Wofür streiken?

Trotz grundgesetzlicher Verankerung des Gleichheitsgrundsatzes von Frauen und Männern und dem aktiven Handlungsauftrag an den Staat passiert für die tatsächliche Gleichstellung herzlich wenig. Die Verteilung von unbezahlter Arbeit zwischen Frauen und Männern hat sich seit der ersten Zeitbudgeterhebung im Jahre 2002 nicht signifikant verändert. Die Einkommenslücke zwischen Frauen und Männern liegt stabil bei über 20%. Die Armut von Alleinerziehenden und älteren Frauen ist fester Bestandteil vieler weiblicher Biografien. Das eigene Leben selbstbestimmt, ohne staatliche Gängelung und frei von Angst vor Gewalt ist für Frauen keine Selbstverständlichkeit. Wir leben im 21. Jahrhundert in einer reichen Industrienation und trotzdem ist die Verteilung von Reichtum und Freiheit nicht wesentlich anders als in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts. 40 Jahre Stillstand sind genug. Zu Recht werden Frauen dagegen streiken!

Literatur

- Artus, Ingrid u.a. (2017): *Sorge-Kämpfe*, Hamburg: VSA: Verlag.
- Baumol, William J. (2012): *The Cost Disease: Why Computers Get Cheaper and Health Care Doesn't*, New Haven, Connecticut: Yale University Press.
- Madörin, Mascha (2018): *Die Arbeit geht uns nicht aus – wer bezahlt dafür?* In: *Beigewum: Umkämpfte Technologien. Arbeit im digitalen Wandel*. Herausgegeben vom Beirat für gesellschaftliche-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternative, Hamburg: VSA: Verlag, 190-202.
- Knittler, Käthe (2018): *Auseinanderdriftende Produktivitäten und der Care-Sektor*. In: ebd., 87-101.
- Sellbach, Brigitte (2018): *Lohn für Hausarbeit – Utopie oder Wirklichkeit?* In: *Care und die Wissenschaft vom Haushalt*. Herausgegeben von Häußler, Angela/Ohrem, Sandra/Küster, Christine/Wagenknecht, Inga, Wiesbaden: Springer VS, 109-120.
- Waidelich, Waltraud/Baumgarten, Margit (2018): *Um-Care zum Leben*, Hamburg: VSA: Verlag.

⁹ Online: www.zeit.de/wissen/gesundheit/2017-11/schwangerschaftsabbruch-aerztin-giessen-werbung-amtsgeschicht-urteil (abgerufen 3.1.2019).

¹⁰ So die niedersächsische Sozialministerin Carola Reimann (SPD) anlässlich des internationalen Tags der Gewalt am 25.11.2018.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte die Buchprämie Weltküche Müller Hoff
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte die Buchprämie Weltküche Müller Hoff
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

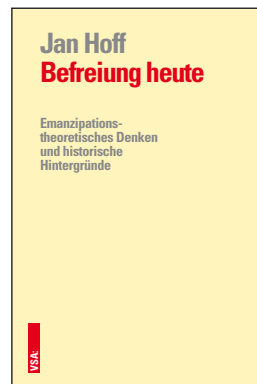
Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!



Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de